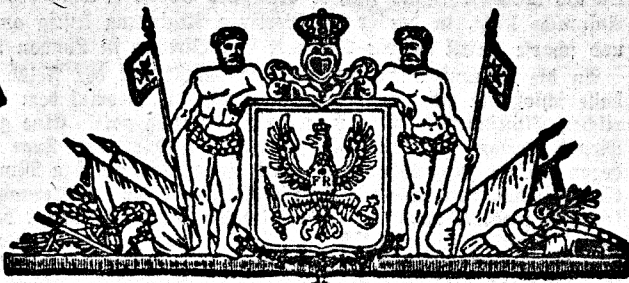


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. A. s. d. Handl.): Jul Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660

Die Revolution in Russland.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Kopenhagen, 13. März.

Nach Meldungen aus Helsinki war Krasnaja Gorka noch gestern in Händen der Bolschewisten, trotzdem die Bevölkerung und die Garnison stark antibolschewistisch gesinnt sind.

Oranienbaum und die Landorte in der Nähe waren gestern das Ziel eines heftigen Bombardements aus Kronstadt.

Der Sonnabend verlief in Petersburg ruhig. Die Fabriken stehen nach wie vor still. Starke Truppenabteilungen ziehen durch die Straßen.

Aus Helsinki wird gemeldet, daß der vierte Jahrestag der Revolution, der 12. März, in Petersburg ruhig verlaufen ist.

In der Nacht zum 10. März wurde aus Kronstadt ein drahtloses Telegramm verbreitet, in dem es unter anderem heißt: „Die Arbeiterklasse Kronstadts fordert eine Umwidmung der Parteiregierung.“

Eine Unterredung mit Dr. Mayr.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

London, 13. März.

Ich hatte heute Gelegenheit, den österreichischen Bundeskanzler Dr. Mayr zu sprechen. Er erzählte mir von den Eindrücken, die er von den Verhandlungen in London empfangen hat.

Morgen nachmittag um 3 Uhr findet eine neue Zusammenkunft statt, bei der die österreichische Delegation den zahlenmäßigen Beweis für den Bedarf des Landes als Unterlage für die erhoffte Hilfsaktion vorlegen soll.

In der am Sonnabend gepflogenen Unterredung mit den Vertretern der Alliierten schilderte Dr. Mayr die Lage in Oesterreich und bat um Hilfe für sein hungerendes Land.

Lloyd George erwiderte, daß die Alliierten wohl zu helfen bereit seien; so seien bisher schon von englischer Seite mehr als 10 Millionen Pfund Sterling dafür ausgegeben worden.

durch Sachverständige der Alliierten schnellstens geprüft werden. Lloyd George erwähnte allerdings auch, daß die Alliierten mit der Wiedergutmachung der eigenen Kriegsschäden stark belastet seien.

Italien erhält das Brenner-Gebiet.

Drahtmeldungen der „Wossischen Zeitung“.

Rom, 13. März.

Nach einer Meldung des „Messaggero“ aus Paris hat die internationale Grenzkommission die Frage des Brennerpasses zugunsten Italiens entschieden, indem sie das ganze Brenner-Gemeindegebiet in das italienische Gebiet eingeschlossen hat.

Wien, 13. März.

Die Nachricht, daß die Interalliierte Grenzregulierungskommission die Gemeinde Brenner Italien zugesprochen habe, entgegen der ursprünglichen Bestimmung, daß Bahnhof und Dorf Brenner bei Oesterreich verbleiben sollen, erregt einiges Bestreben.

Die Gefahr des Zwangs.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

London, 14. März.

Garvin, ein besonders ergebener Verehrer Lloyd Georges, schreibt im „Observer“ über die wirtschaftlichen Sanktionen: Nichts, was dieses Gesetz in die Kasse unserer Regierung einbringen kann, kann uns für den Schaden, den unser Handel dadurch erleiden wird, entschädigen.

In der heutigen Unterhausung bringt Horace Bottomley einen Antrag ein, nach dem die Alliierten auch Berlin militärisch besetzen sollen, um den Deutschen vor Augen zu führen, daß sie den Krieg verloren haben.

Auf die Anfrage Carsons über den Wiederverkauf der beschlagnahmten Schiffe an Deutschland erwidert Oberst Leslie Wilson, daß diese Schiffe zugunsten der Reparationskommission verkauft würden.

Der Sonderberichterstatter der Times in Köln weist auf die Schwierigkeiten hin, denen die Alliierten bei der Anwendung der Sanktionen bezüglich der Zollkontrolle gegenüberstehen. Er schreibt, die Londoner Beschlüsse hätten bei der Oberkommission für die Rheinlande Bestürzung hervorgerufen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Roch und Rahr.

Von

E. G. Müller-Heintz, Berichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

München, 12. März.

Die offizielle Behandlung der bayerischen Einwohnerwehr durch die Reichsregierung hat schon im Februar, als die Konferenz der Ministerpräsidenten angelegt wurde, stark jenen Mangel an Gefühl für die innerpolitischen Imponderabilien hervortreten lassen.

Es gibt sicher heute in Bayern mehr Menschen als noch vor sechs Wochen, die sich darüber klar sind, daß für die besonderen bayrischen, ja selbst die südbayrischen Verhältnisse die Notwendigkeit der Selbstschußkörpererschaften tatsächlich mit einer besonders großen bolschewistischen Gefahr nicht mehr begründet werden kann.

So wäre — diese Tatsache ist an dieser Stelle öfter klargestellt worden — aus tatsächlichen Gründen gegen die Entwaffnung der Einwohnerwehr heute gewiß noch weniger einzuwenden als früher, wenn nicht die Form, in der sie nun durchgeführt werden soll, von neuem den im langsamen Vergehen begriffenen Strom der psychologischen Widerstände zur Hochflut gestaut hätte.

Es mag sein, daß die bayerische Regierung auch vor Abschaffung ihrer sogenannten „Note“ vom 8. Februar an die Reichsregierung nicht in unklarer darüber war, daß — im schwer vereinbarten Widerspruch mit der damals von der Reichsregierung beliebigen Begründung ihres Verlangens — die Entwaffnungsfrage von unseren Vertretern in London tatsächlich vorgebracht werden sollte.

Wenn man trotzdem in Berlin, was ernsthafte Politiker auch in Bayern begreifen werden, den vor Wochen festgelegten Weg in der Entwaffnungsfrage gehen, also bis zum 15. März — dem in Paris festgesetzten Termin — das Entwaffnungsgesetz durchgehen zu müssen glaubte, dann genügt es nicht, sich auf den Standpunkt zu stellen, das britische Datum und die Pariser Forderungen seien